

---

**3452/J XXIII. GP**

---

**Eingelangt am 30.01.2008**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## Anfrage

der Abgeordneten Petra Bayr und GenossInnen  
an den Bundesminister für Inneres betreffend Konsequenzen aus der missglückten  
Koordination der Tsunami-Hilfsgelder.

Nach der Tsunami-Katastrophe in Südasien am 26. Dezember 2004 beschloss im  
Jänner 2005 die damalige Bundesregierung insgesamt 50 Mio. Euro öffentlicher  
Hilfsgelder für die Opfer der Flutkatastrophe, wovon 34 Mio. aus Mitteln des  
Bundeshaushalts stammen sollten. Die Verwendung dieser Hilfsmittel war auf die Dauer  
von drei Jahren ausgerichtet, welche nunmehr verstrichen sind.

Im Zuge der Revision Ende 2007 ist nun die Rede von geleisteten Hilfsgeldern in der  
Höhe von etwa 9 Mio. Euro aus dem Bundesbudget. Diese deutliche Unterschreitung  
der einst zugesagten Hilfsleistungen war in den vergangenen beiden Monaten Thema  
der öffentlichen Diskussion sowie ausgeprägter Medienpräsenz in für die (damalige)  
Bundesregierung unschmeichelhafter Form.

Noch ungeklärt ist, wie es zu so einer eklatanten Diskrepanz zwischen Zusage und  
deren Einlösung kommen konnte, wobei eine schlechte bis nicht vorhandene  
Koordination unter den einzelnen involvierten Bundesministerien vermutet werden muss,  
so man nicht absichtliche Fehlprognosen unterstellen will.

Die Beantwortungen meiner zahlreichen parlamentarische Anfragen an alle betroffenen  
Ressorts, die ich in drei Anfrage-Wellen zwischen Jänner 2005 und Juli 2006  
eingebracht hatte, ergaben ein uneinheitliches, teilweise widersprüchliches und von  
Unklarheiten geprägtes Bild - wie etwa nicht näher erläuterte Unterscheidungen  
zwischen „Aufwendungen“ und „Auszahlungen“, die sich so für eine Gesamtübersicht  
(selbst bzw. erst recht unter Zuhilfenahme der beiden Zwischenbilanzen „Koordination  
Wiederaufbau Südostasien“, März und Juni 2005) als ungeeignet erwiesen.

Nach dieser als missglückt bezeichnaren Hilfs-Aktion auf Bundesebene scheint eine  
ehebaldigst zu verwirklichende grundlegende Neustrukturierung solcher  
ressortübergreifenden Aufgaben angebracht.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Inneres  
folgende

### Anfrage:

1. Wie lautet Ihre Beurteilung der Tsunami-Hilfsaktion auf Bundesebene?

2. Sind Ihnen neuere, noch nicht in die Berichterstattung eingegangene Fakten bekannt, die einer Verbesserung der bekannten Darstellung dienlich sind?
3. Welche Konsequenzen werden Sie angesichts des dargestellten Sachverhalts ziehen?
4. Welche Verbesserungen in der Koordination ressortübergreifender Aufgaben erachten Sie als anstrebenswert und realisierbar?
5. Was kann Ihrer Meinung nach dazu beigetragen werden, dass künftige internationale Hilfsaktionen aus Steuermitteln transparenter dargestellt werden?
6. Wann und in welcher Form werden Sie diese Verbesserungen realisieren?